

100 Jugendleiter sagen

DIESMAL DFU

Junge Leute mit eigener Meinung, für die nicht üppige Wahlslogans, sondern harte Tatsachen zählen, haben Parteien und Kandidaten getestet. Ihr Testergebnis lesen Sie auf Seite 2)

Raten Sie mit: 1000 wertvolle Preise

WAHL - QUIZ

Sind Sie auf Draht? Natürlich! Deshalb: Machen Sie mit bei unserem Wahlquiz. Hier hat jeder eine echte Chance, denn jeder Einsender gewinnt! Zumindest eine Buchprämie. Oder ist die Lösung so schwer? Vielleicht sind Sie aber auch unter den ersten Preisträgern? (siehe Seite 2)

EXTRA-BLATT

Zeitung für internationale Jugendbegegnung Hamburg

elan

Für Jugendliche

Wie ich es sehe

Chefredakteur
Karl Friedrich Hübsche

Es war im frostigen Februar, als elan seinen Lesern den (Wahl-) Tip des Jahres gab: Stellt den Parteien und ihren Kandidaten Gretchenfragen. Fragt sie, wie sie zu dem stehen, was ihr gefällt. Das war, bevor die Wahlkampf-Touren der Parteien begonnen hatten und auch, bevor sich Erhard als Abkanzler qualifizierte und wie die Axt im Walde durch die politische Botanik wütete. Es ging uns, kurz gesagt, darum, langfristig, gründlich und objektiv zu prüfen, was zur Wahl steht. Nicht um einen Gag zur Wahlzeit a la „Ludwig ist der Beste“ oder „Pack den Willy in den Tank“. In 19 Tagen ist es soweit: Wahltag. Und Wahltag. Denn unter dem Strich unserer Wahlbilanz, unseres Parteien-Tests, steht: Die CDU/CSU hat uns viel versprochen, aber nichts gehalten. Ihre Politik, die in allen wesentlichen Fragen von der FDP mitgetragen wurde, hat uns weder die versprochene Sicherheit, noch Entspannung und Wiedervereinigung gebracht.

Die Arbeit des 4. Bundestages verdient die Note „ungenügend“. Zu diesem Ergebnis kommt auch Egon Lutz, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, bei seiner Bilanz. In der Augustausgabe des Zentralorgans seiner Gewerkschaft summiert er: „Es war ein von Krisen geschütteltes Parlament, das noch dazu — schon halb in Agonie — mit den Notstandsgesetzen unverzichtbare Grundrechte außer Kraft setzen wollte. Widmen wir ihm keinen Grabesang. Suchen wir bessere Abgeordnete, wo immer wir sie finden.“

Bessere Abgeordnete sind aber nur solche, die eine neue, eine bessere Politik machen, die bereit sind, unsere Forderungen zur Geltung zu bringen.

Was wollen wir? Wir wollen eine Politik, die echte Schritte zur Abrüstung und damit zur Sicherheit und zum Frieden zum Ziel hat. Bonns „Abrüstungsbeauftragter“ darf in Genf, bei den Abrüstungsverhandlungen, nicht länger Störenfried sein.

Wir wollen eine Politik, die unserem Volk Freunde und Partner in aller Welt sichert, damit wir in Ruhe und Frieden mit unseren Nachbarn leben können.

Wir wollen eine Politik, die den Bruderkrieg in Deutschland unmöglich macht. Das erfordert, daß man sachliche Beziehungen zur DDR herstellt, statt Atomminen an der Zonengrenze zu verlegen.

Fortsetzung Seite 2

unter 21 verboten!

... ist eine ganze Menge. Heiraten zum Beispiel. Mündig ist man auch erst mit 21. Und bis 21 darf man nicht WÄHLEN nicht MITENTSCHEIDEN. Aber man muß schon mit 18 zur Bundeswehr. Das ist nicht ok. Das sollte geändert werden.

Früher war das übrigens noch üblich. Bis 1848 gab's kein Wahlrecht für den einfachen Mann. Ab 1849, nachdem das Volk auf seine Rechte gepocht hatte, änderte sich das. Aber Preußens König hatte sich ein Exklusiv-Wahlrecht einfallen lassen.

Die Wähler waren je nach Steuerabgabe in drei Klassen eingeteilt. Klar, daß die Reichen, die Arbeitgeber, da am besten dran waren.

Das ging so bis 1918. Dann wurde der König samt dem reaktionären Wahlsystem von der Revolution weggeputzt. Das Volk hatte den Krieg (1914—1918) und die Monarchie satt. Es wollte Demokratie und Frieden.

Jedoch: der König ging — die Generale und Wirtschaftsbosse blieben.

Das war Gift für die erste Deutsche Republik, in der alle Bürger gleichermaßen wahlberechtigt waren.

Die Kapitäne der Wirtschaft finanzierten Hitler und halfen ihm schließlich in den Sattel. Damit begann die Diktatur. Mit dem Wahlen war es aus. Gewerkschaften, SPD, KPD, Zentrum usw. sowie Jugendverbände wurden verboten. Wer jung war, mußte zur

Hitlerjugend, dann zum Arbeitsdienst und zur Armee. Die Endstation war zumeist das Massengrab im zweiten Weltkrieg (1939—1945).

Wer Demokratie und Schluß des Krieges verlangte, wie z. B. die Geschwister Scholl, die in München studierten, wurde verhaftet, ermordet.

Und heute, 20 Jahre danach?

Der Führer ist weg: die Generale und Industriebosse sind geblieben. Die Rüstung läuft wieder auf Hochtouren, die Demokratie wird mit Notstandsgesetzen eingeschränkt; von Krieg ist wieder die Rede.

An all dies sollten wir am 19. September denken und unser teuer erkämpftes Wahlrecht nutzen. Wir sollten an das von unserem Volk Erreichte, wir sollten an Deutschland denken. Denn Bonn tut es nicht. Unser Wahl-Tip: Prüft die Parteien und wählt Demokratisch — Friedliebend — Unabhängig.

nach einem „Sittengesetz“. Durch dieses Gesetz soll Artikel 5 des Grundgesetzes demontiert werden, der u. a. bestimmt: „Eine Zensur findet nicht statt.“

Na, endlich, wird mancher sagen. Da sind ja Leute, die für Sauberkeit sorgen. Irrtum! Das ist kein Gesetz, das sich gegen den täglichen BILD-Schwindel richtet. Oder gegen Filme und Bücher, in denen Mord und Totschlag als Kavaliersdelikte dargestellt werden. In denen andere Völker oder Rassen als feige, heimtückisch, untermenschlich und gefährlich bezeichnet werden.

Dieses Gesetz soll es ermöglichen, unbequemen Kritikern wie Hochhuth, Böll, Graß und anderen einen Maulkorb umzuhängen. Allen nämlich, die den Kanzler und seine Partei zu kritisieren wagen.

Es ist als Ergänzung des großen „Notstandspaketes“ gedacht. Das sind die schmutzigen Hintergedanken der Aktion „Saubere Leinwand“.

Man will uns vorschreiben, welche Filme wir sehen, welche Bücher wir lesen und welche Sender wir hören dürfen. Unter dem Deckmantel „Sauberkeit für alle“ wird hier ein unsauberes Spiel getrieben. Ein Spiel, zu dem wir mit aller Entscheidungheit nein sagen. Heute und am 19. September.

• Eine 13-jährige Tochter stahl ihrer Mutter heimlich Anti-Baby-Pillen, um sicher mit ihrem Freund zusammen sein zu können. Sie tauschte die Pillen gegen harmlose Schmerztabletten aus. Die Mutter kam in andere Umstände.

• In einer Schulklasse in England wurden bei 90 Prozent aller Schülerinnen Verhütungsmittel in den Handtaschen gefunden.

• Um ihre „Erfahrungen in Liebesdingen“ zu dokumentieren, trugen die Schülerinnen einer anderen Schule gelbe Abzeichen.

Alle diese Meldungen, die in großer Aufmachung durch die Presse gingen, sind von A bis Z erfunden. Kein Wort an ihnen ist wahr. Trotzdem stricken BILD und andere Sensationsblätter fleißig nach der gleichen Masche weiter: „Liebe am Gardasee“, „Wenn es nacht wird in den Zelten“, „Die Frühreifen“ etc. Heraus kommt das Bild einer moralisch verkommenen Jugend, die nur Sex-Bomben, Skandalnudeln und Bettgeschichten im Kopf hat.

Zur gleichen Zeit erschallt von führenden CDU-Abgeordneten der Ruf nach „Saubere Leinwand“.



Foto: Klaus Rose

Leute, prüft die Lage

Da haben sie uns was eingebrockt: In einem letzten Endsprint hat der Bundestag ein halbes Dutzend Gesetze beschlossen, an denen wir alle zu knabbern haben. Es handelt sich um die erste Rate der NS-Gesetze

Und nach der Wahl soll das dicke Ende kommen. Verabschiedet wurden

• DAS SELBSTSCHUTZGESETZ

Sie müssen Verdunkelungsrollen anbringen, Feuerpatsche, Gasmasken, Arzneimittel etc. kaufen. Lebensmittel- und Trinkwasservorräte für 14 Tage anschaffen. Man kann Sie zum Selbstschutzdienst kommandieren; Sie müssen Lehrgänge und Übungen in Ihrer Freizeit mitmachen. Das kostet Sie ca. 130,— DM. Und Ihre Freizeit.

• SCHUTZBAUGESETZ

Wohnhäuser müssen mit Luftschutzräumen ausgestattet werden. Kosten pro Kopf der Bevölkerung: ca. 500,— DM.

• ZIVILSCHUTZKORPSGESETZ

Nach diesem Gesetz können Sie zum Zivilschutzkorps eingezogen werden: 4-monatige Grundausbildung, dann Übungen mit einer Gesamtdauer von 8 Monaten. Ihr Lohn in dieser Zeit: 69,— DM, d. h. Wehrgeld-Höhe. Außerdem geht Ihnen ein volles Jahr im Beruf verloren.

Verabschiedet wurden außerdem die sogenannten Sicherstellungsgesetze für Wasser, Ernährung (wieder Lebensmittelkarten), Verkehr und Wirtschaft.

Leute, prüft die Lage! Das empfehlen angesichts dieser NS-Gesetzesflut junge Wähler jungen Wählern für die Bundestagswahl am 19. September.

(LESEN SIE AUF SEITE 2: „100 Jugendleiter sagen: Diesmal DFU!“)



Unkeusche Girls und saubere Leinwand



Foto: rosa

Hätten Sie's gewußt?

Zwei Stimmen hat jeder Wähler am 19. September. Mit der ERST-STIMME kann er den Direktkandidaten in seinem Wahlkreis wählen. Mit der ZWEIT-STIMME wählt er die Landesliste der gewünschten Partei. Wer nicht wählt, wählt auch. Er verschenkt die Chance, mitzubestimmen, ob wirklich konsequente Rüstungs- und Notstandsgesetze in den Bundestag kommen. Seine Stimme fehlt auf der richtigen Seite der Waage. Wollen Sie ein Wahlmuffel sein?

Unser großes Wahl-Quiz

1000 Preise

Wer richtig wählt, kann nur gewinnen. Das ist das Motto für den 19. September (Bundestagswahl).

Bei unserem WAHLQUIZ heißt es, Wer richtig rät, gewinnt. 1000 wertvolle Preise stehen für Sie bereit! Deshalb: Raten Sie mit – gewinnen Sie mit!

Unsere Preisfragen:

1. Wie oft finden Bundestagswahlen statt?

a) alle zwei Jahre
b) alle vier Jahre
c) alle fünf Jahre

2. Welche der folgenden Antworten ist richtig?

a) Man darf mit 21 Jahren wählen; mit 18 muß man zur Bundeswehr
b) Man darf mit 18 Jahren wählen; mit 18 muß man zur Bundeswehr

3. Von wem soll laut Grundgesetz die Staatsgewalt ausgehen?

a) vom Bundeskanzler
b) vom Volk
c) vom Bundestag

4. Bei der Bundestagswahl hat jeder Wahlberechtigte

a) eine Erst- und eine Zweitstimme
b) eine Stimme
c) mehr als zwei Stimmen

Sie können gewinnen:

1. PREIS: 1 Kofferradio (Wert: 200,— DM)

2. PREIS: 50 Mark in bar

3. PREIS: 1 Kleinsttransistor

4.—10. PREIS: je eine Langspiellplatte 30 cm / 33 Upm.

11.—100. PREIS: je zwei wertvolle Bücher

101.—1000. PREIS: je ein wertvolles Buch

Und so wird's gemacht:

Tragen Sie den Buchstaben, der vor der richtigen Antwort steht, in das entsprechende Lösungs-Kästchen ein. Vergessen Sie nicht Ihre genaue Adresse.

Aufkleben und einsenden an:
REDAKTION elan, 46 DORTMUND, KUCKELKE 20

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____

Wohnort: _____

Straße: _____ Nr. _____

Lösung

1

2

3

4

Extrablatt des elan, Zeitung für internationale Jugendbegegnung. Herausgeber: Pfarrer W. Heinzel, Arno K. Reinfrank, Bernhard Jendrejowski. Verleger: Karl-Heinz Schröder. Chefredakteur: Karl Friedrich Hübsche, Chef vom Dienst: Karl-H. Reichel. Verantwortlicher Redakteur: Rolf J. Priemer. Redaktion: 46 Dortmund, Kuckelke 20. Telefon: 57 20 18. Erscheint in der Weltkreisverlags-GmbH., 6104 Jugenheim Bergstraße, Jahrsr. 16. Frankfurt-Büro: 6 Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 50, Druck: Uwe-Jens Lahrsen, Hamburg.

Lassen Sie sich nicht schocken, liebe Leser. Dieses Extrablatt ist „extra“ für die Bundestagswahl gemacht worden. Deshalb dieser Inhalt, deshalb nur dieses Thema. In der Originalausgabe des elan lesen Sie natürlich viel mehr, zum Beispiel:

elan berichtet auf 24 Seiten über Sport, Liebe, Bonn, Weltraum, Millionäre, Sozialpartner, Mode, Film, Lohntüten – über Jugendverbände und Freizeit, die Macken der Großen und die Bauchschmerzen der Kleinen, Skandale, politisches und anderes Theater, – über andere Länder, Reisen etc.

elan bezieht selbst Standpunkte – und jeder Standpunkt kommt im elan zu Wort. Kurz und gut: **WER elan LIEST, WEISS MEHR!**

BESTELLSCHHEIN

Name: _____

Vorname: _____

Wohnort: _____

Straße: _____ Nr. _____

Unterschrift: _____

(Ausfüllen, auf Postkarte kleben und einsenden an: Redaktion elan, 46 Dortmund, Kuckelke 20.

100 Jugendleiter: Diesmal DFU

Die Katze nicht im Sack kaufen, und deshalb Parteien und Kandidaten auf den Prüfstand. Dazu riefen elan-Herausgeber Bernhard Jendrejowski und elan-Verleger Karl Heinz Schröder auf. Mehr als 100 Jugendleiter und mit ihnen Betriebsräte, Pfarrer, Professoren, Jugendsprecher, Studenten und Gewerkschafter zählen inzwischen zu den Unterzeichnern des Aufrufes: Diesmal DFU wählen! Das Ergebnis Ihres Tests stellen wir hier vor. Nicht, weil wir irgendjemand bevormunden wollen. Das liegt uns nicht. Nur so, zum Nachdenken.

CDU/CSU: Keinesfalls empfehlenswert
FDP: dito
SPD: Diesmal nicht empfehlenswert
DIESMAL EMPFEHLENSWERT: DFU

„Die drei im derzeitigen Bundestag vertretenen Parteien“, so stellen die Unterzeichner fest, „haben sich in allen wesentlichen Fragen auf die gleiche Politik geeinigt. Von der Führung der SPD werden Notstandsgesetze ebenso gefordert und mitgearbeitet, wie von den Repräsentanten der Regierungskoalition. Weil es aber um die Zukunft unseres Volkes und unseres Landes geht, darf die Verflachung und Abwertung der Bundestagswahlen, wie sie von der CDU, FDP und SPD herbeigeführt wird, nicht ungenutzt übersehen werden. Es geht nicht um neue Personen, die am bisherigen, alten politischen Konzept hängen, sondern es geht heute darum, einer neuen zukunftsweisenden Politik den Weg zu ebnen. Wir haben dafür zu sorgen,

daß Deutschland nicht mehr zum Ausgangspunkt eines Weltkonflikts wird...

Die Bürger, die sich für die Erhaltung des Grundgesetzes entscheiden wollen, die Sicherheit durch Abrüstung wünschen, die eine friedliche Verständigung über Fragen Gesamtdeutschlands fordern, haben keine parlamentarische Vertretung mehr.

Wir appellieren an alle Demokraten in unserem Land, für das Angebot der Deutschen Friedens Union einzutreten und durch Unterstützung der durch unabhängige Kandidaten erweiterten Listen mitzuhelfen, daß Vertreter einer neuen deutschen Politik Sitz und Stimme im 5. Deutschen Bundestag bekommen.“

Dieter Arnold, Schlosser, Wattenscheid; Winfried Bäcker, Hagen; Anton Barth, Lehrer, Hannover; Heinz Becker, Vertrauensmann, Duisburg; Gerd Bergmann, Gewerbetriebslehrer, Stuttgart; Erich Bethke, Betriebsrat, Bertiich, Friedhelm Böcker, Elektriker, Dortmund; Dieter Brandt, Arbeiter, Hamburg; Edmund Bock, Betriebsrat, Ludwigshafen; Barbara Buschmann, Brambauer; Karl Heinz Conrad, DJK, Herringen; Hans Corban, Friseurmeister, Aachen; Peter Cygan, Student, Herford; Ludwig Diemer, Monteur, Mannheim; Johanna Dreyer, Mitgl. des LV des Freidenkerverbandes, Salzgitte; Dietrich Dörmüller, Dipl.-Kaufmann, Heilbronn; Wolfgang Döding, Mitgl. des Landesjugendausschusses der NGG, Gehlenbeck; Gerhard Dorn, Werbe-Designer, Hamburg; Eckart Hermann, Mechaniker, Duisburg; Erich Eumann, Betriebsrat, Mühlheim; Hasso Ehinger, SDS-Landesvors., Stuttgart; Dieter Fehrentz, Physiker, Heidelberg; Lutz Fiedler, Stud., Götting; Michael Fink, Stukkat., Beuel; Karin Förster, Angest., Oberh.; Peter Forster, Angest., München; Günter Freund, Vertrauensm., Wuppertal; Erwin Fritz, Mechan., Mannheim; Helmut Fuß, Bauarb., Delmenhorst; Fritz Freysen, 1. Vors. der Solidaritätsjugend FFM; Jörg Galt, Naturfreund, Stuttgart; Günther Gerth, Angestellter, Bremen; Jörg Goldberg, 1. Gruppenvors. des SDS, Köln; Günter Bardollett, Bauführer, Wuppertal; Adolf Grau, Angestellter, Elserfeld; Rainer Haag, Mitgl. des DGB-Ortskartells, Mörfelden; Walter Häcker, Städt. und Kreisverordneter, Markgröningen; Heinz Halmann, Betriebsrat, Lüdenscheid; Ingrid Hamel, München; Diemar Heck, Mitgl. des Kreisjugendrates, Revolshausen; Erich Herkenrat, Betriebsrat, Wuppertal; Helmut Hinkel, Tiefdruckkätzer, München; Werner Hilke, Betriebsrat, 1. Vors. des KJA/DGB, Michael Hölthwarth, Jugendleiter Naturfreunde, Stuttgart; Helmut Hoffmann, Gärtner, Wuppertal; Gisela Hoffmann, techn. Zeichnerin, München; Harald Hirsch, Monteur, Hbg.; Jochen Hintermaier, Kulturreferent Naturfreunde, Stuttgart; Edgar Höfer, Bergmann, Dudenweiler; Otto Hommel, Mechaniker, Süßen; Wilfried Hopf, TV-Sportwart, Stadtratsmitgl., Ottweiler; Kurt Hopstein, Studienrat, Köln; Adolf Hurler, Schweißler, Stuttgart; Klaus H. Jann, Geschäftsführer im Ring pol. Jgd. Neiviges; Margit Jellinek, Jugendclub Eschersheim, Ffm; Rainer Kammler, Zahnstellenschritfführer IG Bau, Lüdenscheid; Eberhard Keppler, Jugendleiter Naturfreunde, Marbach; Erna Klöppel, Betriebsrat, Kirchheim; Bernd Kadeika, Sozialarbeiter, Krefeld; Peter Kohlmann, Retscheur, Hannover; Robert Konze, Betriebsrat, Westerholt; Klaus Kreppel, Student, Wiesbaden; Walter Kuchta, Lehrling, Friedberg; Kurt Kühnel, Betriebsrat, Hamburg; Gerd Kumm, Schlosser, Mannheim; Wolfgang Lau, Präsidiumsmitgl. BDB, Hamburg; Ingrid Langerich, Studentin, Wuppertal; Kaspar Maase, Student, Dornen; Hermann Mädler, Buchhändler, Hbg.; Willi Malkomes, Naturfreundjugend, Mitgl. d. Landesjugendausschusses, Ffm.; Alfred Mann, Heck, Oberr., des Kreisjugendrates, des Württ. Radsportverbandes, Stuttgart; Anton Maurer, Falken, Ulm; Peter Maurer, SPD, Ulm; Wilh. Meier, Betriebsrat, Hannover; Gert A. Melchner, Vorstandsmitgl. der HSU Erlangen-Nürnberg; Karl-Heinz Minter, Bildungsbormann IGBE, Bochum; Reinhard Moch, Jugendgruppenleiter, DGB/HBV, Düsseldorf; Klaus Mücke, Student, Hannover; Renate Müller, Angestellte, Kiel; Franz Neuhaus, Schlosser, Essen; Rolf Neumann, Vertrauensmann, Essen; Günter Ochs, Elektromeister, Herne; Georg Margat, Schriftsetzer, Höchst; Thekla von Platen, Angestellte, Gießen; Anette Raane, Naturfreundjugend, Mitgl. der Landesjugendleitung Rheinland, Düsseldorf; Peter Raane, 2. Landesvors. des SDS NRW; Werner Rabbe, Junge Aktion, Hamburg; Ernst Günther Rathje, Maler, Elmshorn; Karl H. Reichel, Journalist, Hildesheim; Hans Jürgen Rische, Naturfreund Jugendleiter, Düsseldorf; Edgar Röde, Vertrauensmann, Hbg.; Erich Roßmann, Vorsitzender der Deutschen Jugend Gemeinschaft, Düsseldorf; Egon Sander, Jugendgruppenleiter IG Bau, Oldenburg; Karl-Heinz Santlin, Mitgl. des IGM-Ortskartells, Dieburg; Hermann Sittler, Naturfreundjugend, Mitglied der Ortsjugendleitung, Frankfurt; Ursula Schnitz, Naturfreund Schriftführerin, Haubersbrunn; Heinz Scherer, Maurer, Fürth; Horst Schartenberger, Dortmund, Christa Schneider, Lehrerin, Hersweiler; Peter Scholz, Werkzeugschmied, Hbg.; Norbert Schulze, Reprologograf, Hannover; Peter Schulz, Schlosser, Hbg.; Hans Schwarz, Klaus Wattenberg, Schlosser, Bremen; Kurt Weber, DFB-Schiedsrichter, Dinslaken; Frank Werkmeister, Student, Dortmund; Karl Heinz Wilke, Bezirksleiter, Naturfreunde, Sonja Tuschcher, Angestellte, Köln; Gabriele Viereck, Schülerin, Ffm; Heinz Vogel, Bezirksdelegierter DGB, Düsseldorf; Heiko de Vries, HBV-Gruppenleiter, Düsseldorf; Klaus Woer, Stukkat., Wuppertal; Werner Welsmantel, Redakteur, Jugenheim; Heribert Zahn, Disponent, München; sowie weitere Jugendleiter, Vertrauensleute, Betriebsräte und Mitglieder verschiedener Gewerkschaften und Jugendverbände.

(Die Angabe der Funktion dient der persönl. Information; sie bedeutet nicht, daß in dieser Eigenschaft unterzeichnet wurde.)

scher in Kreuznach und Josef Felder in Erlangen, die in Sochen NS-Gesetze eine klare Position bezogen haben. Solchen Kandidaten würde ich meine Erststimme geben. Ebenso könnte man sich für konsequente Leute wie den Betriebsrat Heinz Lukrawka, den ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz, Heinz Seeger, den NGG-Betriebsleiter August Locher oder den Betriebsrat Manfred Sokolof entscheiden, die in den erwähnten Fragen einen klaren Kurs haben und auf den Listen der DFU kandidieren.

Und die Parteien, für deren Wahl man sich der Zweitstimme bedient? Das Ergebnis unseres Parteientests, genauer gesagt, einer monatelangen, gründlichen Inspektion und Diskussion, haben wir auf folgenden Nenner gebracht:

CDU/CSU: Keinesfalls empfehlenswert
FDP: dito, da Mitläufer
SPD: Diesmal nicht empfehlenswert
DIESMAL EMPFEHLENSWERT: DFU

Es wäre mir, diese persönliche Anmerkung sei gestattet, lieber gewesen, wenn ich ohne Vorbehalt erklären könnte: Wählt SPD. Aber mit neuen Personen ist es nicht getan. Was nutzt ein neuer Pilot, wenn der Kurs der alte bleibt? Denn wo ist der Abrüstungsvorschlag Willy Brandt's für Genf, in dem Klipp und klar gesagt wird:

Kurz notiert

3,9 Prozent lautet die Prognose des „Ostspiegels“ der SPD für den Stimmenanteil der DFU bei der Bundestagswahl.

Christian Geißler, Ernst von Salomon, Mary Tucholsky, Christel Beilmann — ihre Namen stehen stellvertretend für mehr als 1000 Persönlichkeiten, die zur Wahl der DFU aufgerufen haben.

„Wählen Sie so, daß der nächste Bundestag die nach vorliegenden (Notstands)-Gesetze nicht mehr beschließen kann“, heißt es in einem gemeinsamen Aufruf Frankfurter Jugendgruppen und -Verbände. Zu den Unterzeichnern gehören u. a.: SDS, LSD, Jungsozialisten, Naturfreunde- und Solidaritätsjugend, Humanistische Union und Kampagne für Abrüstung.



NOTSTAND: „So beiläufig, Oktober, November könnt ihr wieder mit mir rechnen.“ (Aus „Simplicissimus“)

Hallo, Nachbarn

Unsere Forderungen

Der Werftarbeiter Eugen Schanz aus Hamburg: Man sollte einer Partei die Stimme geben, die die gewerkschaftlichen Forderungen mit Rückgrat unterstützt. Eine solche Partei ist die DFU, die ich wählen werde.

Geld zu holen

Der Student Peter Raane aus Düsseldorf schreibt zum Thema Bildungsnotstand und Wahl: „Die einzige Partei, die sich bei diesen Bundestagswahlen dafür einsetzt, die Bildung in unserem Lande auf Kosten der militärischen Abrüstung zu fördern, ist die DFU. Der Rüstungset ist in der Tat die einzige Stelle, wo noch Geld zu holen ist.“

Ein Kommunist

Als Kommunist stellt sich der Stahlbauschlosser Hermann Mädler aus Hamburg vor. Er schreibt: „Von Übricht, nicht von Erhard, sind bis jetzt eine Reihe Vorschläge in Richtung Atomwaffenverzicht, Rüstungsstop und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gekommen. Die Forderungen vieler Jugend- und Studentenverbände spiegeln sich in den Erklärungen der DFU wieder: Eigene Abrüstungsvorschläge der Bundesregierung; atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa; keine Atomwaffen auf deutschem Boden und kein Mitverfügungsrecht über Kernwaffen; mehr Demokratie, keine Notstandsgesetze ...“

5 Starfighter

Die Krankenschwester Antje Lohmann: „Für 5 Dusenjäger vom Typ Starfighter, könnte man ein komplett

Mein Mann in Vietnam?

„Mit großer Sorge habe ich gelesen, daß sich der Botschafter Südvietnams in Bonn, — der Vertreter von Regierungschef Ky also, der sich Hitler zum Vorbild nimmt —, bei der Bundesregierung für das große Verständnis und für die Unterstützung der Bundesregierung im Vietnamkrieg bedankte. Mein Mann ist zur Zeit zur Bundeswehr eingezogen. Bei der Haltung der Bundesregierung zum Krieg in Vietnam muß ich beirchten, daß auch mein Mann eines Tages an diesem Krieg teilnehmen muß. Wir brauchen eine echte Opposition im Bundestag. Deshalb werde ich mich für die DFU entscheiden.“

Das schreibt die Essener Hausfrau DORIS MALETZ, 24, Mutter von 2 Kindern, in einem Brief an ihre Nachbarn.

Für Sport kein Geld?

Der bekannte Hamburger Amateurboxer Herbert Offermann: Anstelle der sinnlosen und gefährlichen Rüstungsausgaben endlich eine ausreichende Sportförderung — das sind die Wünsche der Sportler für die neue Legislaturperiode. In der DFU sehe ich die Partei, die bereit ist, eine gesunde Entwicklung im deutschen Sport durch eine neue Politik zu unterstützen.“

Das dicke Ende...

... der Notstandsgesetze soll sofort zu Beginn der nächsten Legislaturperiode kommen. Folgende Gesetzentwürfe liegen vor:

- DAS ERKENNUNGSMARKENGESETZ Kinder haben eine Erkennungsmarke (feuerfest) zu tragen.
- ZIVILDienstGESETZ Sie können verpflichtet werden und Ihren Arbeitsplatz nicht mehr frei wählen. Sie werden dafür schlechter bezahlt und dürfen sich nicht mit Streiks dagegen wehren.
- AUFWENTHALTSREGELUNGSGESETZ Ihren Aufenthaltsort dürfen Sie nur mit behördlicher Genehmigung wechseln. Die Behörden können Sie evakuieren.
- GESETZ ÜBER DIE POST- UND TELEFONKONTROLLE Ihre Telefongespräche können abgehört, Ihre Briefe geöffnet werden.
- GESETZ ÜBER DIE PRESSEKOMMISSIONEN Die Regierung kann bestimmen was Rundfunk, Fernsehen u. Zeitungen berichten dürfen.
- NOTSTANDSVERFASSUNG Sie können verhaftet werden ohne richterliche Haftprüfung, bis zu einer Woche lang. Mit Freunden dürfen Sie sich nicht einmal mehr in Ihrer Wohnung treffen, wenn die Regierung dies anordnet (Einschränkung der Versammlungsfreiheit). Ihr Privatbesitz, z. B. Ihr Motorrad oder Auto, kann beschlagnahmt werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), viele Jugendorganisationen, Geistliche, Professoren und Schriftsteller haben vor diesen Gesetzen gewarnt.

- weil sie die Entwicklung einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung hemmen und die totale Kriegsvorbereitung mit sich bringen;
- weil sie den Ausbau unserer Demokratie verhindern und einer neuen Diktatur den Weg öffnen;
- weil sie die Verschleuderung von Volksvermögen bedeuten und nicht gestatten, den Gemeinschaftsaufgaben, wie Behebung des Bildungsnotstandes, Steigerung der Sozialleistungen, Regelung der Verkehrsprobleme, Bau preiswürdiger Wohnungen usw. die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Unsere Forderungen

Der Funktionär der Gewerkschaftsjugend, Wolfgang Gehrke, meinte: „Viele Forderungen des DGB finden sich im Programm der DFU wieder, so z. B. die Forderung nach eigenen Abrüstungsvorschlägen der Bundesregierung, keine Atomwaffen auf deutschem Boden, keine Notstandsgesetze, sondern Ausbau der Demokratie, Verwirklichung der Rechte der Jugend auf Mitverantwortung und Mitbestimmung in Staat und in Gesellschaft. Aus diesem Grunde werde ich mich am 19. September für die DFU entscheiden.“

Was wir wollen

Hasso Ehinger (er ist Landesvorsitzender des SDS in Baden-Württemberg): „Wer für Verständigung und Demokratie ist, kann nur DFU wählen, gleichgültig, welche Weltanschauung er hat ...“

Anschauung nicht entscheidend

Rudolf Rolfs, Leiter des bekannten Frankfurter Kabarets „DIE SCHIEBER“, ist keine Mächtigkeitsfreak. Ich sehe keine Möglichkeit den Forderungen der Atomwaffengegner im Bundestag Geltung zu verschaffen, solange sich nicht die Millionen Gewerkschaftsmitglieder: konsequent für eine Abrüstung engagieren. Daß dies jedoch nicht der Fall ist, zeigen die im einzelnen nicht nennenswerten, im Bundesmaßstab jedoch noch zu ignorierenden Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen der Kampagne für Abrüstung.

Als Abrüstungsgegner ist es mir nicht möglich, einer im Bundestag momentan vertretenen Partei meine Stimme zu geben. Ich werde, auf die Gefahr hin, daß mein Stimmzettel im Papierkorb landet, die Bemühung der Minorität honorieren, die sich leidenschaftlich für eine Friedenspolitik einsetzt. Die 5-Prozent-Klausel kann mein Gewissen nicht narokotisieren.“

Gewissen nicht narkotisiert

Zur Frage der 5-Prozent-Klausel schließt sich ein DFU-Kandidat Fritz Melnick: Die DFU rechnet sich eine reale Chance aus, in den 5. Bundestag einzuziehen. Die Unzufriedenheit mit der starren und ertraglosen Politik der Regierungsparteien erfährt einen weit größeren Bevölkerungsanteil als 5 Prozent. Das hat nicht zuletzt der massive Protest gegen die Notstandspläne der Regierung Erhard bewiesen, bei dem sich auch der Unwille über die Haltung der führenden SPD-Gremien widerspiegelte. Zudem hat die DFU durch die Öffnung ihrer Listen für parteilose und unabhängige Persönlichkeiten die Wahlchancen für eine echte Opposition beträchtlich erhöht.

Chefredakteur Karl Friedrich Hübsche

Wie ich es sehe

Wir wollen einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat, wie ihn das Grundgesetz vorschreibt und wie ihn die Gewerkschaften und viele Demokraten fordern. Nicht jenen CDU-Notstandsstaat, in dem die Regierung bestimmt und der Bürger zu gehorchen hat.

Und wir wollen — last not least — soziale Sicherheit. Wir wollen das mit eigener Kraft erreichte sichern und es nicht durch eine maßlose Rüstungspolitik gefährden lassen.

Das wollen wir! Was können wir am 19. September dafür tun? Welchen Kandidaten — denn für den Direktkandidaten im Wahlkreis hat man die Erststimme — kann man wählen? Meine Meinung: Wählbar ist der Kandidat, der für die oben genannten Ziele eintritt. Wählbar erscheint mir z. B. Georg Neemann, der DGB-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, der in Düsseldorf-Mettmann für die SPD kandidiert. Er will die gewerkschaftlichen Forderungen nach bundesdeutschen Abrüstungsinitiativen, nach Ausbau und nicht Abbau der Demokratie im Bundestag vertreten. Wählbar erscheinen mir auch solche SPD-Kandidaten wie Wilh. Drä-